



Die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes und ihre Erscheinung in einem politisch realistischen Internationalen System.

Urheber: Nils-C. Fiedler (info@politlounge.de)

- 1) Einleitung
- 2) Der politische Realismus
 - a) Funktionsweise der Theorie
 - b) Erklärungskraft der Theorie
- 3) Die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes
 - a) Hintergrund der Sektion 301
 - b) Anwendung und potentielle Auswirkungen
- 4) Identifikation der Sektion 301 als Phänomen eines politisch realistischen Internationalen Systems
- 5) Zusammenfassung und Ausblick

1) Einleitung

Ausgehend vom bipolaren Zustand des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in der Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich im Vergleich zu der Hypothese des Naturzustandes von Thomas Hobbes, in dem der Machttrieb als wichtiges Charakteristikum des Menschen festgestellt wird, unter Einfluss von Hans Morgenthau die Theorie des Realismus.

Der politische Realismus erkennt das Fehlen einer obersten Gewalt im Internationalen System und versucht anhand des Machttriebes des Individuums das außenpolitische Handeln der Staaten zu erklären.

Im Jahr 1974 trat die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes in Kraft, welches den Eindruck von außenpolitischer Selbstjustiz angesichts einer fehlenden, den Staaten übergeordneten, Direktive erweckt.

Dass es sich dabei um ein Phänomen eines politisch realistischen Internationalen Systems handelt, soll in dieser Arbeit herausgestellt werden.

Zunächst wird auf die Funktionsweise und die Erklärungskraft der Theorie des Realismus eingegangen. Danach wird der Hintergrund der Sektion 301 des US-Handelsgesetzes erläutert und ihre Anwendungsform und potentiellen Auswirkungen erklärt. Schließlich wird anhand von Beispielen aus der Realität die Sektion 301 als Phänomen eines politisch realistischen Internationalen Systems identifiziert. Im Anschluss daran werden die wichtigsten Punkte der Untersuchung zusammengefasst und ein Ausblick auf eine mögliche Entwicklung solcher Phänomene im Internationalen System in Bezug auf die Machtstellung der Welthandelsorganisation (WTO) gegeben.

2) Der politische Realismus

a) Die Funktionsweise der Theorie

Grundlegend für die Theorie des politischen Realismus ist die Annahme, dass sich der politische Charakter des Menschen auf das außenpolitische Verhalten des Staates auswirkt. Da der Mensch in den Ausführungen der Theorie im Mittelpunkt steht, wird mit psychologischer Akribie das Wesen des Menschen untersucht.

Eine vorrangige Eigenschaft des Menschen, die dabei festgestellt wird, ist sein natürlicher Trieb nach dem Erhalt des vorhandenen Einflussbereiches, sowie die Ausweitung dessen. Auf den Staat übertragen bedeutet dies, dass versucht wird, die bestehende Macht zu erhalten oder zu vermehren. Bei einigen Demokratien wird dabei ein gewisses Sendungsbewusstsein auf andere Staaten festgestellt, das in dem Versuch besteht, diesen in demokratischer Weise zu missionieren.

Der Mensch wird jedoch nicht nur in einem Licht seiner Verfassung gesehen, sondern es wird anerkannt, dass er auch beispielsweise wirtschaftliche, moralische oder religiöse Züge trägt. Dabei wird versucht, die anderen Eigenschaften ausfindig zu machen, um sich auf den politischen Menschen konzentrieren zu können.

Damit bewegt sich der Realismus hauptsächlich auf der ersten Analyseebene, nämlich der des Individuums als Grundeinheit des Staates.

Auf das Internationale System bezogen wird der Versuch unternommen, die Entwicklung mit der Summe aller Außenpolitiken der einzelnen Staaten oder Bündnispartner zu erklären.

Der zentrale Begriff der Macht wird benutzt, um die Wertigkeit der einzelnen Staaten zueinander zu bestimmen. Die Macht nimmt hier die Rolle einer politischen Währung ein, wobei eine Schwierigkeit darin besteht, diese Macht an sich, unabhängig von militärischer Macht, zu bewerten.

Geht man davon aus, dass alle Beteiligten im Internationalen System nach dem Erhalt oder der Ausweitung von Macht streben "(...) entsteht zwangsläufig eine Konstellation, die als Gleichgewicht der Mächte bezeichnet wird, und eine Politik, die ihre Erhaltung bezweckt."¹

Um das Gleichgewicht der Mächte zu erhalten, dass den eigenen Status Quo des Einflussbereiches sichert, werden staatliche Rüstungsarsenale aufgestockt oder Bündnisse geschlossen.

Die Wahrnehmung dieses Verhaltens anderer Staaten zieht eine, der Aktion vergleichbaren, Reaktion im eigenen Staat nach sich, woraus ein Kreislauf entsteht, der ein Misstrauen gegenüber der Machtpolitik fremder Staaten beinhaltet, das als Sicherheitsdilemma bezeichnet wird.

Es werden keine anderen Beweggründe für politisches Handeln, wie etwa ideologische Gründe der Nächstenliebe, sondern nur die Absicht des Machterhalts oder deren Ausweitung vom politischen Realismus anerkannt. Die politische Macht ist also sowohl das Mittel, als auch der Zweck des außenpolitischen Handelns.

Als Mittel reicht die Macht "(...) von der physischen Gewaltanwendung bis zu den feinsten psychologischen Bindungen, durch die ein geistiger Wille einen anderen beherrschen kann."²

Dabei wird in moralischer Hinsicht nicht etwa auf eine konkrete, ethische Gesinnung Rücksicht genommen, sondern in die Entscheidung zu einer politischen Handlung nur der theoretische Effekt der alternativen Handlungen einbezogen.

Hier zeigt sich wieder der Bezug der Theorie zur Realität und folglich der Grund für ihre Namensgebung. Es wird also nicht ein Idealbild der Realität erzeugt, dem der Mensch folgen soll, sondern der Mensch und darauf bezogen der Staat analysiert, um von dem wahrgenommenen Status Quo aus eine handlungsfähige, effektive und somit realistische Idealpolitik abzuleiten.

b) Die Erklärungskraft der Theorie

Aufgrund der beschriebenen Möglichkeit der Bildung von Bündnissen zur Erhaltung des Status Quo der Machtverteilung im Internationalen System bemerkte der politische Realismus die Stabilität des bipolaren Charakters des Kalten Krieges.

Wie Morgenthau selbst erkennt, ist es der Wissenschaft bislang immer schwer gefallen, fundierte Vorhersagen für das politische Geschehen zu machen. Er ist sich unsicher, "(...) wie viel Vertrauen wir denjenigen schenken können, die uns heute mit absoluter Gewissheit sagen wollen, was morgen oder übermorgen sein wird (...)"³. Dass der politische Realismus da keine Ausnahme ist, wenn er durch das staatliche Interesse der Macht auch politische Handlungen aus der Abhängigkeit von Ort und Zeit hebt, bleibt das Unvermögen, das Ende des Kalten Krieges nicht vorhergesehen zu haben, beziehungsweise keine Erklärung dafür zu geben.

Ebenso problematisch ist der Vergleich des Verhaltens von Mensch und Staat und Macht, hauptsächlich im Machtstreben vereint, bezogen auf die Mortalität des Menschen als Lebewesen. Denn im Gegensatz zu diesem sterben Staaten für gewöhnlich nicht sofort mit dem Umschwenken der innenpolitischen Strömungen, sondern er verändert sich, unabhängig von seinem konstanten Streben nach Macht, nur in gewissen Bereichen, wie etwa dem Wahlsystem oder der diversen, sozialen Herkunft der Regierenden.

Es können nur realistische Tendenzen der möglichen Optionen politischen Handelns festgestellt werden und anhand dieser das wahrscheinlichste außenpolitische Verhalten ausmachen.

Die Verwendung der ersten Analyseebene, der Auseinandersetzung mit dem Individuum als kleinster Einheit eines Staates, lässt zwar eine große Genauigkeit des Ergebnisses vermuten, etabliert aber mehr eine Theorie der verschiedenen Außenpolitiken, als eine des Internationalen Systems.

Die Zentralisierung der Macht als Motivation außenpolitischen Handelns, die der Realismus vornimmt, erleichtert den Vergleich mehrerer Staaten miteinander, weil man davon ausgehen kann, dass alle dieses Interesse teilen. Dies gewährleistet, jedem Staat in der Beurteilung seines außenpolitischen Handelns gerecht zu werden. Im Gegensatz zu Theorien, die auf den großen Einfluss kultureller, ideologischer oder sonstiger Hintergründe aufmerksam machen, zeigt dies die Pragmatik des politischen Realismus, da er auf die Anwendung von Rationalität abzielt.

Hier wird der psychologische Charakter der Theorie erkennbar, der sich in der Zentralisierung des menschlichen Wesens widerspiegelt.

3) Die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes

a) Der Hintergrund der Sektion 301

Aufgrund der hohen, staatlichen Ausgaben für den Bereich der Rüstung gegen die Sowjetunion im Kalten Krieg und dem Versäumnis von wirtschaftlichen Investitionen sprach die Schule der Declinists bereits vom Niedergang der Führungsposition der USA in der Welt. Im Vergleich vom Jahr 1950 bis zum Jahr 1988 sanken die weltweiten Anteile der USA beispielsweise am weltweiten Bruttosozialprodukt von 33 % auf 23 %, der Anteil an den weltweiten Exporten von 17 % auf 10 % und der Anteil an den weltweiten Devisenreserven sogar von 50 % auf nur noch 9 %.

Daher wurden vom amerikanischen Kongress Handelsgesetze erlassen, die, speziell in

Form der Sektion 301, eine Verlagerung des politischen Machtkampfes auf den ökonomischen Sektor erkennen ließen. Teile der Mittel des Militärhaushaltes der USA wurden als Friedensdividende umgeleitet und kamen der zivilen Förderung zugute, die sich hauptsächlich auf die Steckenpferde der heimischen Industrie konzentrierte. Das Ziel war es, durch eine innenpolitische, ökonomische Stärkung des Landes eine außenpolitische Stärkung der Position im Internationalen System zu erreichen. Dabei wurde offensichtlich erkannt, dass sich die zukünftige Definition von politischem Einfluss auf die Softpower der wirtschaftlichen Verknüpfungen ausweiten wird. Im Jahr 1983 prägte US-Präsident Reagan den Begriff der Wettbewerbsfähigkeit, durch den Anspruch, Güter und Dienstleistungen zu produzieren und gleichzeitig den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen.

Da man beobachtete, dass Europa und Japan ihre heimischen Betriebe subventionierten und somit deren Exportfähigkeit maximierten, wandte man diese Form der Politik auch in den USA an. Die folgende Erschließung neuer Märkte durch Dumping Preise und die damit verbundene Konstituierung nichttarifärer Handelshemmnisse zum Schutz der eigenen Wirtschaft entwickelte eine Politik des Wirtschaftsnationalismus, der einen Anspruch auf die Ausweitung der politischen, beziehungsweise ökonomischen Macht erhob. Als Ausdruck dessen empfahl der Berkeley Roundtable on International Economics (BRIE) die Vermeidung ausländischer Lieferanten für beispielsweise kriegsnotwendige PC-Hardware. Aufgrund der Pfadabhängigkeit, der Verfolgung industrieller Produktion aus traditionellen Motiven, trat die Freihandelstheorie wegen ihrer mangelnden Erklärungskraft für einige Staaten zugunsten einer Neuen Handelstheorie in den Hintergrund. Der Mangel äußerte sich auch darin, dass die Freihandelstheorie vorwiegend auf Unternehmen und nicht auf Staaten anwendbar ist und daher nur funktioniert, wenn sich alle beteiligten Akteure an dieselben Prinzipien halten, die in einem Internationalen System ohne oberster Gewalt nicht durchgesetzt werden können.

Ab diesem Zeitpunkt wurde die amerikanische Außenpolitik mit dem vom Nationale Bureau of Economic Research geprägten Begriff einer Strategischen Handelspolitik gleichgesetzt, die das Ziel verfolgte, ein positives, internationales Umfeld für die US-Märkte zu schaffen. Dieser Umstand stellte die Fragen nach geeigneten Mitteln und den jeweiligen Zeitpunkten von staatlichen Interventionen.

Als politisches Mittel zur Durchsetzung dieser für die US-Wirtschaft positives, internationales Umfeld wurde daher 1974 die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes geschaffen. Da Dienstleistungen und der Handel mit geistigem Eigentum, wie Urheberrechten, nicht unter das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) von 1947 fielen, konnte das Gesetz greifen.

Damit war der US-Regierung ein Instrument an die Hand gegeben, das ein in gewisser Weise egozentrisches Verhalten in der Außenpolitik innenpolitisch rechtfertigte und so die heimische Wirtschaft stärken konnte.

Die Notwendigkeit eines solchen Instrumentes zum Schutz amerikanischer Interessen zeigt sich in der Bedeutung der US-Exporte für das Land. Sie machten rund 25 % des amerikanischen Wirtschaftswachstums aus, sicherten etwa 15 Millionen Arbeitsplätze, die mit einem Lohn von 15 % über dem Durchschnitt vergütet wurden. Außerdem sicherten die Exporte zirka 30 % des Einkommens der US-amerikanischen Agrarwirtschaft.

b) Die Anwendung und potentielle Auswirkungen

Zunächst wurden innenpolitisch die US-Betriebe durch staatliche Beratung, Kredite und Hilfe unterstützt. Im Zuge dieses Verhaltens wurde der Ausdruck No more Mr. Nice Guy geformt, der auf eine gewisse Rücksichtslosigkeit der heimischen Investitionen und Subventionen gegenüber der ausländischen Konkurrenz hinweisen sollte.

Die Prozedur der Anwendung der Sektion 301 beginnt mit der Erstellung einer Special 301 Review, in der vom Handelsbeauftragten der USA (USTR - US-Trade Representative) diejenigen Staaten aufgelistet werden, welche die US-Exporte in Form von Zöllen oder Einfuhrquoten behindern.

Folglich werden Verhandlungen mit diesen Staaten aufgenommen, die eine Einigung bezwecken sollen. Durch diese Gespräche besteht die Möglichkeit eines Two-Way Systems, welches zwar Fairness und Gegenseitigkeit fordert, Bilateralität aber forciert.

Wird hierbei kein für die USA zufriedenstellendes Ergebnis erzielt, wird eine Deadline von bis zu neun Monaten gesetzt, in welcher der betreffende Staat die Blockade der US-Exporte abbauen soll. Verstreicht dieses Zeitfenster, zieht dies Restriktionen durch den US-Präsidenten nach sich. Diese können die Form von Zöllen, Quoten oder Konzessionsentziehungen annehmen. Zwar ist in letzter Instanz auch der Einsatz militärischer Mittel aus innenpolitischer Sicht legitim, aber vorrangig soll bereits die Androhung dieser möglichen Restriktionen den betreffenden Staat dazu bewegen, seine Blockade abzubauen. "Das eigentliche Motiv für Section 301 (...) liegt in der Androhung, weniger der Ausführung, von Vergeltungsmaßnahmen als verhandlungspolitisches Druckmittel."⁴

So zum Beispiel unterhielt Japan 1985 Restriktionen gegen Lederwarenexporte der USA. Aufgrund des Androhens von wirtschaftlichen Restriktionen lenkte Japan nach der Deadline ein und man einigte sich darauf, dass Japan gewisse Zölle senken oder einfrieren sollte und gleichsam die USA die Zölle für japanische Lederwarenexporte erhöhen durfte.

Auch die EG subventionierte 1985 die Produktion von Konservenfrüchten, was den Absatz von amerikanischen Früchten einschränkte. Nach Androhung von amerikanischen Gegenmaßnahmen verringerte die EG ihre Subventionen.

Ähnlich wurde die Sektion 301 angewendet, als die EG Zitrusimporte aus dem Mittelmeerraum bevorzugte. Da die EG auf die Forderungen der USA, dies zu liberalisieren, nicht folgte, belegten die USA die Exporte der EG von Pastaprodukten aus den betreffenden Ländern mit einem höheren Zoll.

Ein weiteres Beispiel, bei dem die US-Regierung auf die Sektion 301 zurückgegriffen hat, war, als nach der Teilung des US-Privatmonopols "AT & T" sich Europa und Japan am Telekommunikationshandel beteiligten und gleichzeitig Beschränkungen für amerikanische Telekommunikationsprodukte- und dienstleistungen für ihre eigenen Märkte aufrecht erhielten.

Als dessen außenpolitische Folge wurde 1986 der Telecommunications Trade Act beschlossen, welcher dem US-Präsidenten eine Frist von 18 Monaten für Verhandlungen in diesem Bereich auferlegte, danach jedoch Restriktionen speziell gegen europäische und japanische Telekommunikationsexporte in die USA legitimierte.

Auch Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Brasilien im Computersektor, die Ausschließung koreanischer Lebens- und Feuerversicherungen vom US-Binnenmarkt oder Importrestriktionen gegen japanische Tabakprodukte wurden von der Sektion 301 des US-Handelsgesetzes legitimiert und konnten daher erfolgreich und vorteilhaft für die US-Wirtschaft umgesetzt werden.

Eine gewisse Gefahr für die USA besteht bei der Anwendung dieses Gesetzes in der Möglichkeit, dass auf die Androhung oder auch Durchsetzung von Restriktionen gegen

andere Akteure eine Vergeltungsaktion folgen könnte. Die große Abhängigkeit vieler Staaten von den USA in wirtschaftlicher Hinsicht vermeidet dies jedoch und steht diesem außenpolitischen Verhalten daher in der Regel nicht im Weg.

4) Identifikation der Sektion 301 als Phänomen eines politisch realistischen Internationalen Systems

Als Hauptargument für den realistischen Charakter der Sektion 301 steht die gewisse Egozentrik im außenpolitischen Verhalten der US-Regierung, auf der einen Seite zwar selbst die heimischen Betriebe zu subventionieren, um die eigene Wirtschaftsmacht zu erhöhen, auf der anderen Seite jedoch nur aufgrund einer offensichtlichen Behinderung der eigenen Ausweitung durch US-Exporte eventuelle Subventionen anderer Staaten zu verurteilen. Da diese Verurteilung mit realen Restriktionen gekoppelt sein kann, tritt die Auspielung der eigenen Machtposition hervor, die entweder den Erhalt oder gar die Ausweitung von Macht zum Inhalt hat.

Es wird erkennbar, dass keine übergeordnete Gewalt dem außenpolitischen Handeln der USA aufgrund der Sektion 301 Einhalt gebietet. Die Position Japans in der Frage um die Lederwarenexporte beispielsweise war deswegen nicht haltbar, weil es auf zu vielen anderen Gebieten zu stark von den USA abhängig gewesen ist.

Auch die Motivation aus der die Sektion 301 heraus formuliert wurde, lag ganz klar in der Absicht, zunächst die eigene Wirtschaft zu stärken, um dadurch die eigene außenpolitische Macht zu erweitern und zu festigen. Dies lässt sich zweifelsfrei in die Theorie des Realismus einordnen, da dieser das außenpolitische Interesse im Sinne der Macht definiert. Rückwärts gedacht könnte man daher nach dem Realismus den US-Amerikanern einen natürlichen, menschlichen Trieb nach Machterhalt- und Ausweitung unterstellen. Folglich liegt die Anwendung der Sektion 301 im Machtstreben der amerikanischen Politiker begründet.

Diese Haltung scheint auch deswegen plausibel, weil der Realismus, als Kind des Kalten Krieges, die Bewahrung des Status Quo der Machtverteilung durch beispielsweise Aufrüstung annimmt und sich die USA eben so im Konflikt mit der Sowjetunion verhalten hat.

Dies lässt sich übertragen, wenn man anstelle der Aufrüstung als politischem Machtmittel die "Aufrüstung" der Wirtschaft setzt.

Anstatt Waffen auf einer Ebene, die militärische Stärke als Machteinheit definiert, zu kaufen, um dem Zweck der Macht zu dienen, wird auf einer Ebene, welche die Dominanz über globale wirtschaftliche Verknüpfungen erkennt, in die heimische Wirtschaft in Form von Subventionen investiert oder eben, wie durch den Einsatz der Sektion 301, ein optimales, internationales Umfeld für den Absatz der eigenen Produkte geschaffen. In einer Welt, in der nicht Panzer, Atomraketen oder Heeresgrößen, sondern Begriffe wie Wirtschaftswachstum, Marktanteile oder Devisenreserven den Ton der globalen Führungsposition angeben, muss man auch die konkreten Kriterien für das Machtstreben im Realismus in neuer Form anerkennen. Das außenpolitische Interesse im Sinne der Macht wird zwar nicht in ein Interesse von Wirtschaft geändert, der konkrete Inhalt der Macht ist jedoch ein anderer. In die Definition des politischen Menschen, der in der Theorie des Realismus im Mittelpunkt der Analyse steht, geht also seit der Verschiebung des ehemals militärischen Machtkampfes auf den ökonomischen Bereich nun mehr auch die ökonomische Facette des Menschen mit ein.

"Der politische Realismus nimmt keineswegs an, dass die Bedingungen der heutigen Außenpolitik - weitgehende Stabilität und ständige Gefahr der Gewaltanwendung großen Ausmaßes - unabänderlich sind."⁵

5) Zusammenfassung und Ausblick

Ausgehend von dem politischen Zustand des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion entwickelte sich im Hinblick auf die Hypothese des Naturzustandes von Thomas Hobbes die politische Theorie des Realismus. In dieser stellte der Autor Hans Morgenthau fest, dass sich das Internationale System aufgrund der fehlenden, obersten Gewalt und dem Streben der Staaten nach Macht und deren Erhalt als ihrem leitenden, außenpolitischen Interesse, einem Naturzustand des Menschen ähnelt, der keine Regierung kennt und vordergründig den Erhalt oder die Ausweitung seines Einflussbereiches anstrebt.

Diese Parallele sieht der politische Realismus in der Realität bestätigt und zentralisiert daher den Begriff der Macht als politische Währung, um die verschiedenen Staaten daran gerecht vergleichen zu können. Der Realismus erkennt auch die internationale Problematik des Sicherheitsdilemmas, da sich die Staaten gegenseitig aufgrund der gleichen Interessen nicht völlig vertrauen können. Die Theorie ist sehr pragmatisch orientiert, indem sie versucht, Tatsachen zu erkennen und unter Einbeziehung des Interesses der Staaten an Macht rationale Tendenzen aufzuzeigen.

Da nicht versucht wird, den Menschen zur Erfüllung eines Idealbildes anzuleiten, liegen die moralischen Gesichtspunkte, unter denen die politische Entscheidung getroffen werden soll, in der Abwägung der Effekte politischer Alternativen. Dies unterstreicht den Bezug der Theorie zur Realität.

Die Sektion 301 des US-Handelsgesetzes von 1974 lässt sich als Erscheinung eines realistisch funktionierenden, Internationalen Systems in die realistische Theorie einbinden, da in ihrer Anwendung das Interesse an der Macht und das offensichtliche Fehlen einer obersten Gewalt im Internationalen System zum Vorschein tritt.

Der Hintergrund der Sektion 301 war das Primat der Ökonomie nach einem finanziell kraftzehrenden Kalten Krieg mit der Sowjetunion, das fortan die Verknüpfung von Außen- und Handelspolitik nach sich zog.

Es wurde versucht, eine positive, internationale Umwelt für US-Exporte zu schaffen, während innenpolitisch die wirtschaftliche Leistung der heimischen Betriebe durch Subventionen und staatliche Beratung optimiert wurde.

Der Prozess der Anwendung der Sektion 301 bestand darin, zunächst durch den USTR (US Trade Representative) festzustellen, welche Staaten US-Exporte durch Zölle oder Subventionen eigener Produkte behinderten, um nach erfolglosen Verhandlungen Restriktionen gegen diese Staaten anzuwenden. Dabei war bislang die Gefahr der Vergeltung deshalb relativ gering, da eine zu hohe Abhängigkeit auf anderen Ebenen des wirtschaftlichen Sektors bestand. So erhöhten die USA konsequenterweise die Einfuhrzölle auf südeuropäische Pastaprodukte als Maßnahme der Sektion 301, da die EG zeitweilig Zitrusimporte aus dem Mittelmeerraum bevorzugte.

Die Identifikation der Theorie des Realismus in diesem Verhalten der USA wird offensichtlich, da die Vereinigten Staaten zwar auf der einen Seite eine Chancenungleichheit gegenüber ihren Produkten missbilligen, selbst jedoch die heimische Wirtschaft durch Subventionen und fachliche Beratung unterstützen. Auch das wirtschaftliche Streben der USA, wie es der Realismus definiert, wird erkennbar, da diese Außenpolitik in jedem Fall den Erhalt und wenn möglich die Ausweitung ihres Einflussbereiches zum Zweck der Sicherung der Führungsposition in der Welt verfolgt.

Diese Form der wirtschaftlich egoistisch orientierten Außenpolitik mag zwar in einem gewissen Maße funktionieren, jedoch sieht der Realismus auch die nicht unwahrscheinliche Möglichkeit der plötzlichen Erstarkung eines momentan als Entwicklungsland bezeichneten Staates und dessen Anspruch an politische Macht, unabhängig von der bisherigen Nichtbeachtung durch aktuelle Global Players, was

unweigerlich zu einem Konflikt mit der Praxis der Sektion 301 führen würde.

(Nils-C. Fiedler)

Quellen:

- 1 Morgenthau, Hans: "Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik", S. 145 (1963, C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh)
- 2 Morgenthau, Hans: "Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik", S. 55 (1963, C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh)
- 3 Morgenthau, Hans: "Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik", S. 66 (1963, C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh)
- 4 Fliess, Barbara: "Die Vereinigten Staaten zwischen Protektionismus und Liberalisierung - Handelsdiplomatie im Vorfeld der Uruguay-Runde", S.126 (1991, Stiftung Wissenschaft und Politik - Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit)
- 5 Morgenthau, Hans: "Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik", S. 55 (1963, C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh)

Literatur:

- Morgenthau, Hans: "Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik" (1963, C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh)
- " Fliess, Barbara: "Die Vereinigten Staaten zwischen Protektionismus und Liberalisierung - Handelsdiplomatie im Vorfeld der Uruguay-Runde" (1991, Stiftung Wissenschaft und Politik - Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit)
- " Jacobs, Andreas: "Realismus" in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hrsg.): "Theorien der Internationalen Beziehungen" (2003, Opladen)
- " Paulsen, Thomas: "Economic Diplomacy - Die Ökonomisierung der amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Clinton 1993-1996" (1999, Opladen)

Externe Links:

www.Hamburger-Bildungsserver.de
www.Weltpolitik.de
www.Welt.de
www.BerlinOnline.de
www.USInfo.state.gov